

POSTULAT von Regula Götsch Neukom (SP, Kloten), Charles Spillmann (SP, Ottenbach und Karin Maeder-Zuberbühler (SP, Rüti)

betreffend Massnahmen gegen den Abbau des Service public

Der Regierungsrat wird beauftragt, ein Konzept für kantonale Massnahmen auszuarbeiten, dessen Ziel der Erhalt eines flächendeckenden und qualitativ hochstehenden Service public im ganzen Kantonsgebiet ist.

Regula Götsch Neukom
Charles Spillmann
Karin Maeder

Begründung:

Die Bundesbetriebe Post und Bahn sollen in einem liberalisierten Markt konkurrenzfähig sein. Dies führte schon in der Vergangenheit zu einem Abbau von Dienstleistungen, zum Beispiel durch die Schliessung von Bahnhöfen. Diese Entwicklung geht weiter, so kündigt die Post Schliessungen im Bereich der Poststellen an.

Gegen diese Massnahmen kann der Kanton Zürich nichts unternehmen. Aber es ist wichtig, dass es der Kanton als seine Aufgabe betrachtet, weiterhin für einen flächendeckenden Service public von hoher Qualität zu sorgen. In erster Linie ist das im Moment wohl eine Aufgabe der Koordination und der Verhandlungen mit dem Bund, den betroffenen Dienstleistungsbetrieben und den Gemeinden. In Zukunft können aber weitere Massnahmen und Initiativen nötig werden, damit die öffentliche Infrastruktur der Gemeinden erhalten werden kann. Dabei geht es nicht darum, alle Dienstleistungen einzig in der bisherigen Form aber auf Kosten des Kantons zu erhalten, sondern es sollen auch neue Möglichkeiten geprüft und realisiert werden (zum Beispiel Post und Ladengeschäfte, Post- und Bahnschalter oder Post und Gemeindeverwaltungen kombinieren).

Der Erhalt eines umfassenden Service public ist einerseits ein wichtiger Standortfaktor und dient andererseits dazu, diejenigen Teile der Bevölkerung nicht auszugrenzen, die zum Beispiel nicht mobil sind, keinen Zugang zu EDV und Internet haben oder Beratung benötigen.